

„Was der Zeitgeist wispert...“

„Was der Zeitgeist wispert,
müssen wir als Chronisten hinnehmen,
bevor wir es als Historiker hinterfragen können“

Unsere Unternehmen sind im militärischen und zivilen Fahrzeugbau und der Instandsetzung regional, national und international tätig. Wir bieten ein interessantes Aufgabenspektrum und leistungsgerechte Bezahlung.

Wir suchen zur Festeinstellung:

- **Panzerschlosser/-in**
- **Nutzfahrzeugschlosser/-in**
- **Landmaschinenschlosser/-in**
- **Schweißer/-in**
- **Fahrzeugelektriker/-in**
- **Kfz-Mechatroniker/-in**
- **Waffenspezialisten/-in**
- **Konstruktionsmechaniker/-in**
- **Meister/-in für den Bereich Fertigung von Fahrzeugaufbauten**
- **Diplom-Ingenieur/-in aller Fachrichtungen**

Ist dies schon rückwärtige Mobilmachung?

Hannes Nagel

Redaktion „Das Flugblatt“, hannes.nagel@das-flugblatt.de

Edition „Bewegungsmelder“

Impressum:

Copyright:

Hannes Nagel

Redaktion „Das Flugblatt“ & Musenverlag

Karbe- Wagner- Str. 16

17235 Neustrelitz

[www.das- flugblatt.de](http://www.das-flugblatt.de)

Inhalt:

Teil 1: Das Räuspern des Zeitgeistes von Juni bis September 2015

**Viele Zeitereignisse sind bedenklich
Die Grenzdichtung nach außen
Kriegsgefahr durch Kriegsvorbereitungen
Was Flucht und Kriegsgefahr miteinander zu tun haben**

Teil 2: Anstöße zum Zeitvergleich

**Die guten alten Zeiten
Manche sagen: „Das wär damals nicht passiert“
Manche sagen: „Es geht schon wieder los“
Manche sagen: „Jedem schlägt seine Stunde“**

Teil 3: Wenn Informationen verunsichern

**„Kuck da nicht hin“
Alles hinterlässt Spuren
Paramilitärische Erbkönige
Der Frieden ist verlockend einfach**

Teil 4: Das Säbelrasseln

**Der Rechtsstaat gilt nur bei schönem Wetter
Grundrechtreport 2016
Das Weißbuch der Bundeswehr
Terrorthomas, NATO- Gipfel und BND- Gesetz**

Das Räuspern des Zeitgeistes (Juni bis September 2015)

Viele Zeitereignisse sind bedenklich

Wenn man das Ohr an die Masse legt und lauscht, was die Mitmenschen bewegt, dann hört man, dass sie Fragen haben und selber Antworten zu geben versuchen.

Vorgefertigte Antworten wie bisher passen nicht zu den neuen Fragen. Denn es gibt schlicht noch keine neuen Antworten. Dazu müsste erst mal erkannt werden, was den neuen Zeitgeist überhaupt ausmacht. Diese Antwort kann keiner alleine oder keine Gruppe alleine geben – sie liegt in der Vielfalt der Meinungen. Wer vieles kennt, kann einiges vergleichen, und wer eine Sache von vielen Seiten beleuchtet und dann darstellt, der kann ein Stück weit eine Antwort geben. Sogar viele Antworten, die nicht zusammen passen, müssen kein Widerspruch sein. Die Presse kann zum Beispiel kein Welterklärer mehr sein, wie es ihrem Selbstverständnis in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entsprach. Aber was soll sie stattdessen sein? Soll sie Teil einer Gemeinschaft sein, in der jeder Zugang zu den gleichen Informationen hat und einfach nur zum Erhalt der Meinungsvielfalt beitragen? Dann darf sie aber nichts verschweigen, auch wenn sie dem Teufel zugestehen muss, zu diesem oder jenen Thema etwas Kluges gesagt zu haben, welches der gesamten Gemeinschaft hilfreich ist. „Die Wahrheit muss man akzeptieren, egal aus welcher Quelle sie kommt.“¹ Zwischen Global und Lokal scheinen seit 1990 viele Entwicklungen sehr bedenklich geworden zu

sein. Das Ohr an der Masse vernahm folgende Gruppen von Bedenken:

Erstes Bedenken:

Nach dem Ende der Blockkonfrontation dachten viele, die über den Abgang der kommunistischen Regierungen jubelten, dass nun die Verheißungen von Freiheit, Demokratie und Wohlstand kämen. Einige Verheißungen erfüllten sich tatsächlich. Aber es waren andere Verheißungen. Es waren die Verheißungen von Francis Fukuyama in dem Buch „Das Ende der Geschichte“. Es werde, schrieb er unter anderem, ein paar lokale Kriege geben. Aber das seien keine Kriege zwischen Staaten mehr, sondern gegen Terroristen. Das sei also etwa so wie das Austreten der letzten Funken und Glutreste, wenn das große Feuer fast gelöscht ist.² Aber wie in der herkömmlichen Brandstiftungskriminalität auch, wenn Feuerwehrleute Brände legen, um sich als besonders mutige Feuerlöscher zu profilieren, erschienen schleichend die selbsternannten politischen Feuerwehren als Brandstifter. Dies ist an der ungehemmten us-geführten Kriegstreiberei in der Welt zu erkennen. Sie nahm das Verbrechen vom 11. September 2001 als Freibrief und legitimatorische Grundlage für ihr unkontrollierbares Handeln.

Zweites Bedenken:

Es sind Aufruhr und Unruhe in der Welt. Den Aufruhr in der Welt erkennt man an der Zunahme fliehender Menschen aus ihren Lebensgebieten. Als die Juni - Zählung 2015 von

¹¹ Moses Ben Maimonides, Arzt, Philosoph und Diamantenhändler, 12. Jahrhundert

² „Das Ende der Geschichte“, Francis Fukuyama. Der Mann war mal Sicherheitsberater im Weißen

Menschen auf der Flucht durch das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen (UNHCR) die Rekordzahl von 5 Millionen nannte, stritt sich Europa gerade um den Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Union. Den Gipfel bildete ein Treffen von 7 Staatschef auf dem Schloss Elmau am 7. und 8. Juni. Dort wurde so viel Geld verballert wie zur Ausrüstung von 240 komfortablen Schiffen, die 240.000 Flüchtlinge sicher aus Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa hätten bringen können. Der Ruf nach Abschottung der europäischen Außengrenzen und die Begründungen dafür klingt so hilflos wie die Begründung der DDR, der Bau der Berliner Mauer habe nur die wirtschaftliche Ausblutung durch den Westen stoppen sollen – da habe es eben keine andere Wahl gegeben, weil andere Entscheidungen das Mächtegleichgewicht gestört und möglicherweise zum Krieg geführt hätten.

Drittes Bedenken:

Bis Februar 2016 hatte die außenpolitische Unmenschlichkeit des Kapitalismus erhebliche innenpolitische Folgen. Jetzt in seinem neoliberalen Zustand werden immer häufiger Parallelen zum Faschismus gezogen. Es drängt sich förmlich der Eindruck auf, dass der neoliberale Umgang mit Arbeitslosen, Armutsrentnern und Minilohnarbeitskräften und der Darstellung von Migration als Gefahr einem Faschismus Neuen Typs entspricht. Diesen Faschismus kennzeichnen keine Fackelzüge und kein „SA marschiert“. Er macht auch nicht durch Sieg-Heil-Gebrüll in Tateinheit mit Prügelterror in Konzentrationslagern und

Polizeidienststellen auf sich aufmerksam. Der Faschismus Neuen Typs ist eine weiche Form mit den Instrumentarien von Wettbewerbsdruck im Gesundheitswesen und systematischer Entfernung von Solidaritätsgedanken aus der Sozialgesetzgebung. Den Begriff „weicher Faschismus“ benutzte der Soziologe Richard Sennett, um die modernen Verhältnisse in den Arbeitswelten zu bezeichnen.³ Manche sagen auch „Kalter Faschismus“ oder „Sozialfaschismus“ dazu. Im Grunde meinen sie alle das Gleiche. In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten ist das sogenannte Austeritätsprinzip zynischer Ausdruck des weichen Faschismus. Austerität bedeutet bildlich gesprochen, dass am Wasserverbrauch gespart werden muss und daher Verdurstende pro Tag einen Tropfen Flüssigkeit auf die kraftlosen Lippen bekommen. Ihr Leben retten wird die Austerität nicht. Aber das ist auch gar nicht die Absicht von Austerität. Im Alltag wird der weiche Faschismus in einem Verdummungsangriff von Werbung, Leitmedien und behördlichem Sprachdrill auf breiter Front gegen eine Teilgesamtheit der Gesellschaft geführt. Bei einem behördlichen Sprachdrill wird der Sprachgebrauch auf die Ausdrucksweise von Juristen, Polizisten und dem Duktus aller übrigen Beamtenstufen getrimmt, und zwar auch in Bereichen, wo dieses Amtsdeutsch nicht zu suchen hat, nämlich im zwischenmenschlichen Bereich. Im zwischenmenschlichen Bereich lebt eine Teilgesellschaft, die permanent durch Werbung zum Kaufen verführt werden soll. Zynisch und auf zynische Weise zutreffend wird diese Teilgesellschaft auch Verbraucher genannt. Verbraucher

³ Richard Sennett, „Die Kultur des Neuen Kapitalismus“

entspricht ungefähr dem, was Würmer, Insekten, Mikroorganismen in der Natur mit abgestorbener organischer Substanz machen. Sie zersetzen die toten Körper und zerlegen sie in ihre Grundbestandteile. In der Natur heißen die Verbraucher Reduzenten. Im Grunde nennt die Werbung, nennt die Produktion, nennt der Handel und nennen sich selbst die Kunden im Einkaufssystem „Abfallverwerter“, wie die Reduzenten in der Natur. Und das sind alle, die durch Werbung zum Kaufen verführt werden sollen. In der Lebensmittelindustrie geht die Verführung über die Werbung nicht. Da kämpft die Industrie mit der Größe der Portionen als Waffe zur Erzeugung einer gefügigen Masse. So wenig wie man wirklich braucht bekommt man meist gar nicht, sondern für eine Person viel zu viel und für eine sinnvolle Familienernährung zu wenig. Jedenfalls bei der industriellen Gesellschaftsmästung und nicht beim individuellen Nahrungsmittelanbau. Der neoliberale Sozialfaschismus mästet die Menschen im Innern seiner Lagerzäune und lässt die außerhalb hungern. Abgesehen vom Essen passt der Neoliberalismus die Menschen im Innenkreis des Europäischen Stacheldrahtzauns den Lebensverhältnissen derjenigen Menschen an, die von außen kommen und lieber innerhalb des Europäischen Stacheldrahtzauns leben wollen. Innen herrscht ein weicher Faschismus. Draußen herrscht die brutale körperliche Gewalt von Bürgerkrieg, Terrormiliz und polizeilicher Willkür. Nichts garantiert, dass der weiche Faschismus innerhalb des europäischen Stacheldrahtzauns sich nicht verhärtet und dann, wenn die Grenze von außen keinen mehr rein lässt und von innen keinen mehr raus

lässt, ungestraft zum brutalen Faschismus übergeht. Faschisierungstendenzen sind spätestens seit George Bush mit dem „breitbeinigen Gesicht“, wie es der Kabarettist Dieter Hildebrandt einmal nannte, im weltpolitischen Auftreten der USA zu erkennen.

-Geheime Verschleppungen von Bürgern souveräner Staaten in us-geführte Geheimgefängnisse

-Scharfschützenabschüsse von intern aufgestellten Tötungslisten mit Drohnen, um die eigenen Mörder möglichst geschützt operieren zu lassen

-Richtlinien für die spezielle Kriegsführung auf der Grundlage der Destabilisierung der Lage, durch Anheizen von insbesondere sozialen Spannungen und das spürbare Abdrehen von Gesundheit und Grundversorgung, so dass man bewusst den eigenen gesundheitlichen und sozialen Verfall wahrnehmen muss.

Amerika ist kein Weltpolizist, sondern ein Krimineller, der Selbstjustiz übt.

Viertes Bedenken:

Völlig unbeliebt aber sind bei den Regierenden Informationen über Inhalt und mögliche Folgen des Freihandelsabkommen TTIP zwischen Amerika und der EU. Nichts soll nach außen dringen. Die Parlamentarier sollen über die Katze im Sack abstimmen. Nachher, wenn aus dem niedlich maunzenden Kätzchen ein unersättliches Raubtier geworden ist, wird alles zu spät sein. Wer kann schon mit bloßen Händen einen angreifenden Löwen zur Räson bringen? Eine Informationssammlung mit Meinungsargumentation der Organisation Lobby Control

warnte im März 2016 vor TTIP. Die zweiseitigen Verhandlungen zwischen USA und EU seien ein gefährliches regulatorisches Duett, schrieben die Autoren.⁴

Fünftes Bedenken:

Was global geschieht, geht die Menschen lokal an. Zum Beispiel das Ehepaar Erna und Heini aus dem Hamburger Umland. Sie trauen dem Frieden ihres Heims nicht mehr. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, und im Allgemeinen ziehen Vermieter und Stadtwerke den Menschen soviel Geld aus der Tasche, dass wegen Unbezahlbarkeit von Stromrechnungen immer mehr Haushalten die Versorgung gesperrt wird.⁵ Man möchte nicht im Dunkeln frieren müssen, auch wenn man hoffnungslos überschuldet wurde – oder sich hat, je nach Einzelfall. Die Praxis von Mietkündigungen und Räumungsklagen macht klar: Geht einem Menschen beim Lohnerwerb etwas daneben oder gibt es Verzögerungen beim Bezug von Sozialleistungen, dann steht die Schuldenfalle parat, fletscht die Zähne und schärft die Krallen. Wenn nach modernem kommunalpolitischen Management ausländische Investoren Eigentümer und damit wahlweise Kassierer oder Gläubiger werden, dann kommt im Falle offener Zahlungen sogar noch ein ausländischer Inkassoauftrag dazu. Stellen Sie sich vor, Sie schulden plötzlich einer schottischen Bank Geld, ohne mit dieser Bank jemals zu tun gehabt zu haben.

Noch haben Erna und Heini Arbeit. Aber sie spüren, dass

⁴ „Ein gefährliches regulatorisches Duett. Wie Bürokraten und Großunternehmen durch die transatlantische regulatorische Zusammenarbeit bei TTIP dem Gemeinwohl schaden könnten.“, Corporate Europe Observatory, Lobby Control, Januar 2016

⁵ vgl. diverse Internet-Beiträge unter dem Stichwort „Stromsperrungen 2015“, z.B.

der trügerische Frieden einem jähen grauenhaften Erwachen weichen kann. Ihre Lage ist prekär und darum sind Erna und Heini ein Teil des Prekariats. In Deutschland steht dem Prekariat immer wie eine Warnung die Lage der Hartz-Vier-Opfer vor Augen. Es ist eine Warnung davor, von der Bordsteinkante des sicheren Lebensweges in die Abflussrinnen und Schächte rutschen zu können.

Sechstes Bedenken:

Das deutlichste Signal eines zunehmenden innergesellschaftlichen Unbehagens ist die Wahrnehmung von Veränderungen im sozialen Bereich. Mietnebenkosten steigen, Bagatellkündigungen nehmen zu, Zeitarbeit ist Standard geworden, Zeitungen mag man schon gar nicht mehr lesen, andere Medien mag man auch nicht mehr verarbeiten, und die Kassenärztliche Vereinigung hält es für zumutbar, dass ein Hautarzt für 60.000 Patienten zuständig sein soll. Daher darf sich kein dringend benötigter zweiter Hautarzt dort niederlassen, wo der bereits Praktizierende dringend kollegiale fachliche Entlastung braucht. Lauscht das Ohr dem Stimmungsrauschen, so hört man den Zeitgeist wispern: „Kinderärzte auch.“ Überall herrscht ein Mangel an Kinderärzten und Hautärzten. So wispert der Zeitgeist, und was der Zeitgeist wispert, müssen wir als Chronisten hinnehmen, bevor wir es als Historiker hinterfragen können. Mit dem Niedriglohnsektor hat sich die Politik ein zuverlässiges Mittel zur Verringerung von Rentenzahlungen geschaffen. Das Mittel leistet ganze Arbeit wie Raupen beim Kahlschlag von Gurkenblättern. Über Alles

wird ja öffentlich gesprochen. Nichts ist unbekannt. Höchstens die Details und die möglichen Folgen. Insofern ist es unbehaglich, wenn nach einer „Verteidigung unserer Werte“ gerufen wird. Kann eine sozial gespaltete Gesellschaft überhaupt Wertvorstellungen haben, die Arm und Reich gemeinsam teilen? „Freiheit“ kann es ja nicht sein, wenn die bürgerlichen Freiheiten mit der Begründung von Terrorgefahren eingeschränkt werden oder dem geschäftsmäßigen Datensammeln von Werbung und anderen naiv-dumm-freiwillig überlassen werden. Für ein vertragsfreies Mobiltelefon, bei Abschluss von Mietverträgen oder in Kontoangelegenheiten, beim Autokauf oder Versicherungsabschlüssen muss man ja mehr Fragen beantworten, als das jeweilige Unternehmen zur Erbringung seiner vertragsgegenständlichen Dienstleistung wissen muss. An Deutschlands Art, seine Arbeitslosen und Minijobber zu behandeln, kann man im europäischen Maßstab sehen, wie die deutsche EU mit Aufmüpfigen umgehen will. An Griechenland hat Finanzminister Schäuble ein Exempel statuiert. Keiner weiß, keiner soll vorzeitig wissen, was noch kommen wird, aber das Unbehagen soll sich schon mal allen schleichend ins Knochengewebe fressen wie ein Wundbrand.

Mit all diesen Ängsten wird gespielt, und sie werden geschickt geschürt, um eine aus Unwissenheit resultierende Zustimmung zur Grenzdichtung nach außen zu erwirken.

Die Grenzdichtung nach Außen

Es gibt Konflikte, bei denen kaum noch zwischen Auslöser und Reaktion unterschieden werden kann. Die forcierte Abdichtung der EU-Außengrenzen gehört dazu. Zuerst wurde die Grenzabdichtung der Öffentlichkeit mit der sattsam bekannten Metapher „Das Boot ist voll“ akzeptabel gemacht. Dazu mussten die Regierenden nur zugeben, dass die Arbeitslosigkeit ein nicht mehr reparierbares Erscheinungsbild der ehemaligen Wohlfahrtstaaten nach den Wirtschaftskrisen, der Blockkonfrontation und der neoliberalen Liquidierung von allem Sozialen ist. Zugleich gaukelte das Schengen-Abkommen den Bewohnern der Mitgliedsländer der Europäischen Union vor, dass der Wegfall von Grenz- und Zollkontrollen lediglich der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ und dem „freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen“ dienen sollte. Durch den Wegfall der Binnenkontrollen wurde aber ein großer Personalbestand an ausgebildeten Zöllnern und Grenzpolizisten frei. Dieser Personalbestand fand seine Anschlussverwendung nach dem Einsatz an den Binnengrenzen an den Außengrenzen. So begann der schleichend stetige Aufbau der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Die oberste politische Führung von FRONTEX ist die Europäische Kommission. Dort wird das Budget beschlossen und genehmigt, Übungen abgesegnet und interne Manöverkritik geübt. Die Einstellung der Grenzkontrollen durch das Schengen-Abkommen ist von der Einführung der Grenzüberwachung durch Frontex abgelöst worden. Gegen Flüchtlinge wird schleichend bürgerkriegsähnlich vorgegangen. Seit Mai und

Juni 2015 hat die Grenzschutzagentur Frontex eine historische Mission von der EU erhalten: Sie soll Kampfeinsätze gegen Schleuserbanden führen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb dazu: „Mit schweren Waffen gegen Schlauchboote“.¹⁶ In dem Artikel heißt es, dass halbverdurstete Menschen in Schlauchbooten den Weltfrieden bedrohen. Die mörderisch ausgestattete EU geht mit ihrer so genannten Anti-Schleuser-Mission gegen Flüchtlinge vor, die eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen und eine Gefahr für die internationale Sicherheit. (Die Sicherheit des internationalen Kapitals zu Lasten der Schöpfung sollte man viel gründlicher gefährden). Die Bedrohungsworte prägten nicht die Medien, sondern die Außenbeauftragte der EU, die so etwas ist wie der Außenminister, wäre die Europäische Integration schon auf dem Stadium der Vereinigten Staaten von Europa angekommen. Gäbe es nicht die Toten und Durstenden, die Kranken und Schwachen, man könnte glauben, die Flüchtlinge seien hochgerüstete Terroristen, gegen die sich die EU ausnimmt wie die polnische Säbelkavallerie gegen deutsche Panzer im September 1939. Ziemlich bitter aufstoßen mussten daher Meldungen über den Neubau ungarischer Grenzzäune, damit keine Migranten mehr kommen können. 1989 ging Ungarn noch mit gutem Beispiel voran, als es die Grenzzäune abbaute, um ostdeutsche „Westmigranten“ raus zu lassen. Vier Meter hohe Grenzzäune sind reine Materialverschwendung. Wenn sie von außen nicht überwunden werden können, kann man auch vermuten, dass sie von innen ebenfalls nicht

¹⁶ „Mit schweren Waffen gegen Schlauchboote“, sueddeutsche.de, 13.05.2016

überwunden werden können.⁷ Ist Europa als übergroßes Internierungslager denkbar? Als Völkergefängnis? Weil man keine Löhne zahlen will, aber Arbeitskräfte braucht? Und so auch in andern neoliberal strukturierten Wirtschaftszonen? In Deutschland hat gerade Mitte September der Chef der Bundesagentur für Arbeit das Bundesamt für Migranten und Flüchtlinge übernommen. Die Fusion scheint logisch. Der oberste Verwalter der Bundesarbeitslosigkeit wird damit auch zum obersten Verwalter von zunächst ebenfalls arbeitslosen Flüchtlingen und Migranten. Gleichzeitig plärrt die Wirtschaft nach Arbeitskräften. Zyniker könnten fragen: Ist das nun Rationalisierung, indem alle Fäden in einer Hand zusammen laufen oder ist das doch nichts anderes als eine moderne Form der Selektion, mit dem Grenzzaun als Rampe und den Billiglöhnerlisten der Wirtschaft als Selektionskriterium.⁸

Kriegsgefahr durch Kriegsvorbereitungen

„Mit Lügen setzt man Armeen in Marsch, aber eine einzige kleine Wahrheit stoppt den Krieg“ (Bismarck)

Als die Flüchtlinge kamen, sahen die Regierenden Handlungsbedarf. Leider sahen sie keinen menschlichen Handlungsbedarf für eine barmherzige Aufnahme der Gequälten, sondern militärischen Handlungsbedarf. Sie begannen sich auf Militärtätigkeiten vorzubereiten. Also auf Krieg.

Im Juni 2015 sagte laut Medienberichten der polnische

⁷ „Ungarn baut vier Meter hohen Grenzzaun“, n-tv.de, 06.07.2015

⁸ „Weise wird Chef des BAMF“, sueddeutsche.de, 18.09.2015

Verteidigungsminister: „Die Periode des Friedens in Europa ist Vergangenheit“.⁹ Er sagte dies, damit niemand kritische Fragen zur Truppenpräsenzverstärkung der NATO in Osteuropa stellt. Kritische Fragen müssen trotzdem gestellt werden, weil neuerliche Aufrüstung, militarisierter Sprachgebrauch und fast täglich wieder Kampfflugzeuge auf Übungsflügen in Deutschland und anderswo auf Kriegsvorbereitung schließen lassen. Wenn man dann noch nachfragt, wer sich da auf einen Krieg vorbereitet, dann klingt der polnische Verteidigungsminister bereits schon nach einer Kriegserklärung. Immerhin scheint allen Seiten eines aufgefallen zu sein: Es wird ein ziemlich neuartiger Krieg geführt. Die Zahl der Opfer wird darin sein wie immer, und es werden auch wieder dieselben Menschen Kriegsopfer werden wie immer. Aber diesmal gibt es Finanzwaffen. Finanzwaffen können die soziale Lage eines Landes nachhaltiger zerstören als eine Atombombe. Dafür muss nur die komplette Bankenstruktur übernommen werden. Für den modernen Krieg braucht man keine Plünderer mehr. Sie sind bereits als Bedienung der Finanzwaffen dabei. Außerdem finden wieder viel zu viele Manöver statt. Es war im Übrigen der russisch-ukrainische Krieg, der wegen der fast unmöglichen Analysierbarkeit seiner Anfangsphase zu der Vermutung eines neuartigen Krieges führte. Prompt tauchte für die Neuartigkeit in der Politikwissenschaft ein neuer Begriff auf, nämlich der Begriff „Hybrider Krieg“. Mit dem Wort „hybrid“ wird der Begriff verschleiert, so dass zwischen Hören und Verstehen eine Verzögerung bei der Erkenntnis auftritt. Gemeint ist ein Gemisch aus

⁹ „Die Periode des Friedens in Europa ist Vergangenheit“, Telepolis, 19.06.2015

verschiedenen Kriegsformen einschließlich der bislang nur bildlich benutzen Begriffe „Medienkrieg“ und „Wirtschaftskrieg“. Die Medien sind in diesem Krieg nicht einfach nur nützliche Trottel zur Verbreitung von Lügen, Halbwahrheiten oder ideologischen Umdeutungen der Tatsachen. Das waren sie auch früher schon. Jetzt sind sie aktive Kriegsbeteiligte. Es hat lange gedauert, bis die führenden Militärmationen die psychologische Kriegsführung innerhalb des Journalismus zu einer Gefechtsfeldwaffe entwickelt hatten, die zwischen Krieg und Frieden keinen Unterschied mehr erkennen lässt. Für die Waffengattung Wirtschaftskrieg gilt im Prinzip das gleiche. Der Handel wird zum Krieg in formalen Friedenszeiten, so dass im Kriegsfall kein Wirtschaftskriegsverbrechen mehr sichtbar ist. Der sogenannte hybride Krieg ist ein Krieg, bei dem man nicht mehr erkennt, ob gerade Krieg oder Frieden in der Welt ist. Wie immer muss man auf Manöver achten. Kriegshandlungen beginnen fast immer aus Manöverlagen heraus. Insofern muss man sehr aufmerksam sein, wenn Nato-Jets russische Flugzeuge über der Ostsee abfangen. Im Grunde kann derzeit fast alles Politische als Kriegsvorbereitung oder als Zuspitzung eines zum Krieg führenden Konflikts interpretiert werden. Sozialabbau und Beschränkung der Freiheitsrechte werfen bereits jetzt unmittelbar in vielen Wortmeldungen die Frage auf, ob daraus ein Bürgerkrieg entstehen kann. In der westlichen Propaganda werden die Kriegsvorbereitungen als friedensstiftende Maßnahmen bezeichnet. Das erinnert an den eben so alten wie falschen Spruch: „Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.“ Diesen Unsinn hat der sonst in

der geschichtlichen Überlieferung als klug geltende Marcus Tullius Cicero in die Welt gesetzt, und zwar vor 2058 Jahren. Man sollte also wirklich aufpassen, was man sagt. Denn nicht ganz so kluge Köpfe – also Politiker ab 1918 und besonders seit 1990 – klammern sich hier an einen Satz, von dem niemand mit Sicherheit den Kontext kennt. Er kann auch eine lediglich rhetorische Sprachübung gewesen sein. Anders Fogh Rasmussen, George Bush, Mesiramis Drohne, eine sehr kluge Frau aus Berlin und polnische, baltische und ukrainische Phrasengläubige meinen, Ciceros unglückliche Formulierung sei ein politisches Manifest wie die Discorsi von Niccolo Machiavelli. Auch Girolamo Savonarola und Martin Luther, die zwei recht sprachgewaltigen Mitarbeiter der Kirche, würden sich im Nachhinein bestimmt freuen, wenn Manches bloß eine rhetorische Übung geblieben wäre. So aber glaubt die Presse von 2014 und 2015, dass Kriegsrhetorik ein Zeichen von Geistesgröße ist. Welch ein Irrtum. Der kaum wahrnehmbare Übergang vom Frieden zum Krieg verursacht unbehagliche Gefühle. In den Zeitungen drohen Politiker, Korrespondenten berichten von Terror, die Wirtschaft warnt, die Bürger ängstigen sich, und der Zustand der Welt ist kaum noch präzise analysierbar. Nicht einmal durch den großen Vereinfacher Josef Joffe.

Die Neue Rheinische Zeitung schrieb am 25. Juni 2015, dass sogar die Todesstrafe in Europa im Grunde wieder erlaubt ist.¹⁰ Das ist nicht neu, sondern Bestandteil des Lissaboner Vertrages von 2007. In diesem Vertragswerk sind gewisse Umstände verklausuliert, unter denen die Todesstrafe

möglich sein soll: „Nämlich im Fall, wenn es in Europa wieder zu gären beginnt.“ Die Wahrscheinlichkeit des Falles ist sehr real. Denn es scheint gar nicht mehr lange bis zum Aufstand der Schachfiguren gegen die Schachspieler zu dauern. Der Staat könnte die Tötungsklausel auch für anwendbar halten, wenn nicht nur Bahn und Post streiken, sondern gleichzeitig auch Telekom, Busunternehmen, Erntehelfer, Verpackungsarbeiter und Müllabfuhr sowie alle, die man erst wahrnimmt, wenn sie nicht mehr nach Kapitalvorschrift funktionieren. Wenn es also zum grundgesetzlich unzulässigen, aber versehentlich und hintenrum trotzdem zustande kommenden Generalstreik kommen würde. Ein Generalstreik ist sowieso der einzige Streik, dem eine gewisse Legitimität anhängt, insofern das Ziel des Generalstreiks ein Lohn-Preis-Verhältnis ist, welches niemanden von staatlichen Zuschüssen abhängig macht. Sonst werden aus Zuschüssen andere Schüsse – von Unterdrückten auf Sachbearbeiter und Elendsverwalter, von Polizisten auf Arme, weil sie angesichts der Not durchdrehen und von Militärangehörigen auf Personen, die von us-geführten Geheimdiensten zum Abschuss frei gegeben wurden. Es werden dazu, und nun versteht man den Beschaffungseifer, Drohnen benutzt. Seit Jahren wird die Bevölkerung bereits wieder an den Lärm von Kampfflugzeugen am Himmel gewöhnt. Niemand weiß, ob sich darunter bereits auch Drohnen befinden. Man kann es vermuten, weil sich die Lärmkulisse der eingesetzten Flugapparate ganz deutlich unterscheiden lässt. Nur lässt sich eben nicht sagen, ob langsam nahende Donnerwände

¹⁰ „Tötungen mit US-Drohnen bleiben“, Neue Rheinische Zeitung, 25.06.2015

tatsächlich von Drohnen verursacht sind. Wenn man das Dröhnen der Drohnen als Zivilist identifizieren kann, kann es bereits zu spät sein. Im Übrigen soll der Luftraum nur denen gehören, die von Natur aus fliegen können.

„... und was der Zeitgeist wispert, müssen wir als Chronisten hinnehmen, bevor wir es als Historiker hinterfragen können.“

Was Flucht und Kriegsgefahr miteinander zu tun haben

Wenn im Mittelalter die Heere eines Fürsten das Land eines anderen Fürsten zu überfallen drohten, strömten die Menschen aus den Dörfern hinter die schützenden Mauern der Städte in der Umgebung. Städte waren im Mittelalter befestigte Wohnansiedlungen und Wirtschaftsstandorte. Sie boten einer begrenzten Anzahl von Menschen ständiges Wohnrecht. In Friedenszeiten mussten auswärtige Händler die Mauern der Stadt nach Marktschluss wieder hinter sich gelassen haben und außerhalb kampieren. Es sei denn, sie hatten in einem Hotel gebucht und konnten eine Unterkunft nachweisen, wenn der Vogt und seine Leute auf Kontrollgang waren. Dieser kurze Ausflug ins Mittelalter und ein Zusammenhang zwischen Migration, Frontex, Europäischer Union und einer drohenden Weltkriegsgefahr haben miteinander zu tun und sie haben mit einer teils sichtbaren und teils nicht sichtbaren Kriegsvorbereitung zu tun. Erstens wird die Europäische Union als „Festung Europa“ wahrgenommen. Das ist reine Kriegsrhetorik. Außerhalb einer kriegerisch geprägten Welt braucht man

keine Festungen. Mittelalterliche Festungen waren in der Kulturgeschichte Europas nach 1945 Sinnbilder vergangener Epochen. Manchmal dienten sie der Filmindustrie als romantische Kulisse. Als Teil des Militäringenieurwesens spielen sie keine Rolle mehr. Zweitens ist der Zustrom von Migranten nach Europa bereits schon Ausdruck eines Krieges, den sich die vergleichsweise satten Menschen in Europa in ihrer Auswirkung gar nicht vorstellen können. Im Vergleich zur wirklichen Armut wölben sich immer noch Seidenhemden über den Wohlstandsbäuchen von sogar Hartz-Vier-Opfern. Nun werden aber Flüchtlinge nach ihrer Ankunft zumeist eben doch mit Bekleidung versorgt, bevor sie in Sichtkontakt zu den europäischen Einheimischen kommen. Diese wundern sich dann, wieso die noch so gut gekleidet sind, wenn sie doch aus so großer Not entkommen sind. Dabei wäre es ein letzter Stolz Europas, wenn es sich noch in der Lage fühlt, ankommende Flüchtlinge wenigstens mit dem Nötigen zu versorgen.

Drittens: Der zeitgleich fast tägliche Einsatz von Kriegsflugzeugen ähnelt demjenigen Lärm, den ehemalige DDR-Bürger noch von den Übungsflügen der Russen kennen, nur stammt er diesmal von der NATO, die mit Eurofightern und vermutlich auch schon Drohnen irgendwas am schützenswerten westlichen Wertehimmel trainiert. Bereits vor im April sagte der Luftwaffenpressestab in Köln auf eine diesbezügliche Nachfrage von „Das Flugblatt“ zur wahrnehmbaren Militärtätigkeit, es gebe bereits „zu

militärischen Übungszwecken reservierte Lufträume“.¹¹

„Das Flugblatt“ hatte am 26. April 2013 geschrieben:

„Seit Monaten können Himmelsbeobachter militärischen Flugverkehr über der Kleinstadt Barth am Barther Bodden beobachten. Der Flugkorridor führt genau über die Redaktion von „Das Flugblatt“ hinweg. Die Flughöhe beträgt nach Militärangaben 1,5 Kilometer. Das entspricht der maximalen Flughöhe von Kranichen. Die Redaktion „Das Flugblatt“ konnte im April an 6 Tagen etwa 20 Flüge wahrnehmen. Der Pressestab der Luftwaffe in Köln erklärte dazu auf eine Anfrage, „dass die Ortschaft 18356 Barth unterhalb eines zeitweilig reservierten Luftraumes für Luftraumübungen liegt“. Presseoffizier Oberstleutnant Gudenoge sagte, es fänden Übungsflüge von militärischen Euro-Fighter-Kampfflugzeugen statt. Ob die Übungsflüge der Vorbereitung auf einen Kampfauftrag dienen, wurde nicht mitgeteilt.“

Es gibt diese Übungen in Barth in Ostseennähe, und fast täglich nimmt man sie auch im Gebiet Neustrelitz wahr. Wo militärisch trainiert wird, besteht entweder schon eine Kriegsgefahr, gegen die sich ein Staat wappnen will, oder es entsteht gerade eine Gefahr, nämlich aus Sicht eines Nachbarlandes, welches den Aufmarsch und die Übungen, das Durchzählen des Personalbestandes und die Prüfung der Gefechtsbereitschaft als Kriegsgefahr ansehen. Aber als was soll man solches sonst ansehen, wenn nicht als Kriegsgefahr? Nicht zu sehen sind Kriegsvorbereitungen

¹¹ „Militärische Luftraumreservierung“, in: Das Flugblatt, 26. 04.2013

derzeit als Truppenbewegungen, zum Beispiel Fahrzeugkolonnen auf Autobahnen und Transitstraßen oder als militärische Transportzüge mit der Eisenbahn. Es gab bereits schon Überlegungen, ob die „Flüchtlingskrise“ selbst schon eine Kriegsgefahr darstelle. Von den Flüchtenden geht keine Gefahr aus. Sondern von denen, die die Flüchtenden vertreiben. Welchen Sinn hat es, die Schuldfrage am syrischen Bürgerkrieg zu stellen, wenn dort im Grunde keiner unschuldig ist? Keiner ist dort ohne Schuld, nur die fliehenden Opfer, weil alle Beteiligten entweder profitable Geschäfte machen oder aber eine Region bewusst am Rande oder im Zustand der Unregierbarkeit zu halten sein soll, um von außen unter Berufung auf Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen verantwortungsvoll und friedenserhaltend tätig zu werden – wer kann schon den Helfer als Mittäter beschuldigen, wenn die Gewalt trotz seines Tuns zunimmt? Migranten sind nicht die Krise, nicht das Problem und keine Gefahr für den noch vorhandenen kleinen Rest des Friedens, den man als Pessimist beklagen kann und als Optimist mit Dankbarkeit als Hoffnungszeichen sieht. Die fliehenden Opfer von Bürgerkriegen sind keine Gefahr für irgendein einzelnes Land und auch nicht für die Europäische Union. Die Gefahr geht von denen aus, die im syrischen Bürgerkrieg und anderswo Waffen einsetzen und Menschen töten und alle übrigen typischen Kriegsverbrechen begehen. Die Flüchtlinge werden von denen instrumentalisiert, denen die neuartige Kriegsführung in der Welt nützt.

„Zeitvergleiche“

Einmal wollte ein Gedanke einen
Sprung machen.

Er stürzte und verletzte
sich am Fuß.

„Seht, dort hinkt ein Vergleich“, sagten die Leute.
Es war aber kein Vergleich. Es war nur ein Gedanke.
Es dauerte lange, bevor ihn einer aufhob.

„Mein Zweifel lässt sich schlecht verhehlen:
Ich seh so viele Parallelen.
Ich hab geprüft, gesucht und sah:
Es war alles schon mal da.“

Anstöße zu Zeitvergleichen.

Die guten alten Zeiten

Märchen fanden in der Vergangenheit statt. Märchen waren, auch als sie noch lebendig erzählt wurden, nie Gegenwart. Märchen sind die ältesten Beispiele für Zeitvergleiche. Ihr Vergleichsmaß ist die Phrase: „Damals, als Wünschen noch geholfen hat“. Märchen sind Ausdruck von Unzufriedenheit und der Option „Wunsch“ zur Lösung von Problemen. Aber kein Märchenerzähler hatte die Lösung einer Krise oder eines sozialen Missstandes durch einen Wunsch jemals selbst erlebt oder dokumentiert. Daher sind Märchenfilme auch keine Dokumentarfilme. Märchen erzählen zwar Geschichten, aber sie sind keine Zeitgeschichte. Ausdruck einer Literaturgeschichte, Kulturgeschichte oder Denkgeschichte sind sie indessen durchaus. Es gibt

verschiedene Phrasen, mit denen sich ein Zeitvergleich ankündigt.

Manche sagen: „Das wär damals nicht passiert“

Ebenso wie das Märchenerzählen kann man Geschichte nur rückwirkend erzählen. Die Weite des Rückblicks ist begrenzt. Im Prinzip reicht sie nur so weit wie die Erinnerungen. Deswegen heißt es ja auch: „Ein Historiker ist ein Mensch, der sich erinnert.“ Als die Stadt Neustrelitz im Jahre 2015 Flüchtlinge aufnahm, erinnerten sich ältere Leute an ihre eigenen Erlebnisse als Flüchtling im Jahre 1945. Ihr Vergleichsmaß war das Versorgungsniveau. Sie verglichen das „Nichts“, was sie selber bekamen, mit der Erstausrüstung der heutigen Flüchtlinge und schlußfolgerten: Sie bekommen den sozialen Wohlstand umsonst und finden es normal, ihn zu beanspruchen. Im Idealfall spricht das für die Versorgungsfähigkeit der Stadt. Telefon, Schuhe und neu aussehende Altkleider als Grundausrüstung sollten normal sein. Wirklich schwierig ist nur die Versorgung mit Wohnraum. Bei ungenügender Differenzierung haben schon mehrfach Leute gesagt: „Unterm Führer hätts das nicht gegeben“. Wobei das DAS sich auf die Rechtsanwendung und die Versorgungsgroßzügigkeit bezieht. Mir scheint dies als Vergleichsergebnis unzureichend. Erstens fehlt dem Vergleich, was es „unterm Führer“ dann eben doch alles so gab: Straßengewalt der SA, Denunziation, Arierisierung jüdischen Eigentums, eine Rassenunsinnslehre und einen Vernichtungskrieg. Wenn hier noch was fehlt, läuft das unter „und dergleichen mehr“. Zweitens fehlt dem

Vergleich, was im heutigen Umgang im Vergleich zu 33 bis 45 und die nachfolgende Zeit der Trecks dann doch edler ist.

Manche sagen: „Es geht schon wieder los“

Eine andere Form des Zeitvergleichs ist die Suche nach Übereinstimmungen mit bereits Vergangenen. Bei der Einführung der neoliberalen Hartz-Vier-Gesetze wurden vielfach Vergleiche mit der Weimarer Republik gezogen. Die Vergleiche betrafen zumeist die Folgen der Entwicklung des Sozialabbaus unter Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Peter Hartz, Ulla Schmidt und Wolfgang Clement. Am Ende von Weimar stand die nationalsozialistische Diktatur. Was steht am Ende der neoliberalen marktkonformen Demokratie? An den Vergleichen der neoliberalen Jetztzeit mit der Massenarbeitslosigkeit der Weimarer Republik erkennt man, dass man bei Vergleichen immer auf den Bezug achten muss. „Weimarer Verhältnisse“ kann man in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Radikalisierung und einem Ende der Unruhen sehen. Das hört sich beispielsweise so an: „Je stärker die Wirtschaftskrise die Bevölkerung belastete, desto mehr Menschen schlossen sich den Kommunisten an.“. Komisch nur, dass dann die Nazis gewonnen hatten und 12 Jahre Terror begannen. Andere bezogen ihren Vergleich allein auf die Wahlen und die Regierbarkeit des Staates und der Beherrschung des Volkes. Kein einziger Vergleich zwischen der neoliberalen jetztzeit und Weimar bezieht sich auf den Schwung in der Kultur. Verallgemeinert wird dazu „Die goldenen Zwanziger“ gesagt. Ohne Hartz -Vier und Kriegsgefahr, aber Afd, Pegida und Neoliberalismus als

„Witzableiter“, wäre die Zeit zur Zeit ein guter Nährboden
Mit Lachen kann man Krieg verhindern. In jedem Krieg aber
vergeht das Lachen. Hartz Vier und Krieg als Kabarettthema
lassen das Lachen im Halse stocken.

Manche sagen: „Jedem schlägt jetzt seine Stunde“

Vor ein paar Jahren hielten manche einen neuen Führer für
unmöglich, sahen aber bereits genügend willige
Vollstrecker in den Startlöchern. Es gab damals in den
Feuilletons thematisch Besprechungen folgender Titel vor:
Friedrich Heer, „Der Glaube des Adolf Hitler“, Paul
Mattussek und zwei andere Autoren, Hitler. Karriere eines
Wahns“ sowie Daniel Jona Goldhagen, „Hitlers willige
Vollstrecker“. Dann kam die Stunde der Partei „Alternative
für Deutschland.“ Manche sagen, der Name stehe für
„Alternative zu Rechtsstaat und Demokratie“. Bevor aber
eine unbekannte Alternative den Rechtsstaat ablöst, möchte
man doch genauer wissen, worauf man sich einlässt. Auch
weil es ausreichend Gründe zur Kritik am neoliberal
geprägten Rechtsstaat gibt. Sozialpolitische,
rentenpolitische und datenschutzrechtliche Gründe sind es.
Die Alternative zu Rechtsstaat und Demokratie trat bei
Wahlen auf und ist nun beinahe täglich in den Medien.
Werden ein paar radikalisierte Teile der Gesellschaft zur
Putschgefahr für die Demokratie? Können die das? Wenn es
gelingen wäre, der Hitlerei damals mit autogenem Training
den rechten Arm so schwer zu machen, dass sie ihn nicht
mehr hoch gekriegt hätte, wären Reichstagsbrand,
Konzentrationslager, Deportation der Juden, Holocaust,
Kristallnacht und Zweiter Weltkrieg vermeidbar gewesen.

Nazi ohne Gewalt ist lächerlich, hat mal ein Kabarettist gesagt. 1933 gelang die Verhinderung nicht. Wenn die heutigen Gefahren für Frieden, Kultur, Bürgerlichkeit und Menschlichkeit genau so akut sind, dann muss man sehr lange sehr laut und zum Schluss gemeinsam lachen, damit am Ende keiner als letzter lacht. Denn das letzte Lachen ist meistens hämisch.

1985 konnte man in einer Ostberliner Kneipenklotür einen Spruch lesen. Der ging so: „Mein Zweifel lässt sich schlecht verhehlen: / Ich seh so viele Parallelen. / Ich hab geprüft gesucht und sah: / Es war alles schon mal da.“. Das Wesentliche eines Zeitabschnittes war immer das, was Menschen mit der Zeit, die ihnen auf Erden gegeben war, gemacht haben: Kreuzzüge, Dreißigjähriger Krieg, Aufklärung, Entdeckungen, Kultur, Kunst, Erster Weltkrieg, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg, Neoliberalismus. Der Frieden aber bleibt bei dem, der ihn ans Herz drücken kann. Den Krieg besiegt man nicht mit Waffengleichheit oder Waffenüberlegenheit, sondern hinten rum, in dem man dem Krieg ausweicht. Parallelen sind schließlich unter anderem auch dafür gut, dass sie sich nicht in die Quere kommen Und wenn man sie dann so betrachtet, merkt man, wie wenig anders als das, was man ablehnt, man doch selbst ist.

„Wenn Informationen verunsichern“

**„Man kann gar nicht soviel Verschwörungsphantasie
haben, wie die kriminellen Verschwörer
der Geheimdienste und deren Agenturen
an Verschwörungen realisieren.“**

(Wolfgang Bittner, „Die Eroberung Europas durch die USA“)

Wenn Informationen verunsichern

„Kuck da nicht hin.“

Alsdann ist über Informationen zu sprechen. Viele Informationen kann man nicht mehr beurteilen, weil viele Quellen gar nicht mehr genannt werden. Mitten in das diffuse Angstgefühl vor Terror und Krieg hinein sagte Innenminister Thomas de Maiziere im November 2015, er könne das Ausmaß der Gefahren nicht genauer erläutern. „Das würde die Öffentlichkeit verunsichern“, meinte der Minister und er klang dabei so wie Eltern, die ihrem Kind sagen: „Das verstehst du noch nicht“. Und dann halten sie dem Kind eine Hand vor die Augen und sagen: „Kuck da nicht hin.“ Was hätte denn die Öffentlichkeit dort sehen können, wo sie nicht hinkucken soll? Der Innenminister hatte diesen Satz auf einer Pressekonferenz getan. Sie war angeordnet worden, weil ein Fußballspiel in Hannover wegen einer bestehenden Terrorgefährdung abgesagt und das Stadion geräumt wurde. Als das Kleinkind Öffentlichkeit Papa Thomas fragte, was denn da so gefährlich war, sagte

er: „Teile meiner Antwort könnten die Öffentlichkeit beunruhigen.“ Viel Beunruhigter könnte die Öffentlichkeit aber sein, wenn man ihr sagt, man müsse ihr zu eigenem Schutz ein paar vorhandene Informationen vorenthalten. So eine Informationsvorenthaltung ist im Übrigen auch eine Missachtung der Öffentlichkeit und ihrer Fähigkeit zum Verstehen.

Alles hinterlässt Spuren.

Eventuell kann nichts geschehen, ohne Spuren zu hinterlassen. Wenn das so ist, müsste man aber von den verheimlichten Informationen wenigstens merken, dass sie der Teil sind, der in der Menge der öffentlich verbreiteten Informationen fehlen. De Maizieres verheimlichte Beunruhigungen könnten zum Beispiel das Verhältnis von Gefahr zu Mitteln der Gefahrenabwehr betreffen. Die derzeitige Spurenlage drängt danach, zwischen den Zeilen der Medien das Weggelassene zu suchen. Da steht dann zum Beispiel, dass die NATO überall in Europa manövriert, wo als Ziel Russland gemeint sein könnte. Im Innern Deutschlands ist fast nichts zu bemerken. Nur der Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr im Innern wird häufiger. Und die „Neins“ kommen noch schnell und laut. Der „Innendienst“ der Bundeswehr ist zur Zeit grundgesetzlich unzulässig. Das ist der banale von den Gründen, weshalb die Militarisierung nicht zu sehen ist, aber nach den verfügbaren Informationen vorhanden sein muss. Der tatsächlich wahrnehmbare Fluglärm von Kampfflugzeugen ist jedoch nicht zu leugnen. Zu sehen sind sie aber nicht. In dem Geschichtsabschnitt „Kalter Krieg“ gab es trotz der

Episode der „Großen Geheimhaltung“ genug Spuren, die man mit bloßem Auge wahrnehmen konnte. Wenn ein Regiment zu einer Kriegsübung mit Panzern ausrücken musste, wurden die Panzer auf Eisenbahnwaggons verladen. Nie konnten Züge unbemerkt in Schießplatznähe vorrücken. Nie konnten die Panzer unbemerkt und ungesehen durch die Wälder auf die Schießplätze donnern. Spätestens dann, wenn die Ketten auf Straßenbelagen der Ortschaften oder auf den Sandwegen der Panzerzufahrten Spuren abgedrückt hatten, wusste jeder: Heute schießen sie wieder. Trotz aller Geheimhaltung konnte nie ganz verhindert werden, dass Fotos von Militärkolonnen vom Straßenrand einer Ortschaft aus fotografiert werden konnten. Im Oktober geschah aber am Militärflugplatz Neubrandenburg etwas, was wie ein gespenstischer Militärauftritt während des Kalten Krieges wirkte. Die Lokalzeitung Nordkurier berichtete darüber am 30.9.2015: (hier ausschnittsweise wiedergegeben)

„Auf dem ehemaligen Militärflughafen Trollenhagen starteten und landeten Militärmaschinen. Wenn es nach Bundeswehr und Bundespolitik wäre, hätte davon niemand etwas mitkriegen sollen.“

„Augenzeugen berichteten, dass Transporter mit nicht geläufigen Kennzeichen am Radisson Hotel Neubrandenburg vorgefahren sind. Zehn bis fünfzehn Soldaten in Uniform seien ausgestiegen.“

„Eigentlich sollte es eine Übung sein, von der die Bevölkerung nichts mitbekommen sollte, hieß es aus Kreisen des Kommandos Spezialkräfte (KSK).“¹² Soweit der Nordkurier. Nach eigenen Beobachtungen von „Das

Flugblatt“ marschierten am selben Mittag um 13 Uhr 10 vier Hubschrauber in militärischer Gruppenformation aus Richtung Neubrandenburg über den Wohnblock der Flugblatt-Redaktion in Richtung Berlin. Die mittags vom Flugblatt beobachteten Hubschrauber waren von ihrem Anstrich her weder eindeutig dem Militär noch Truppen der Inneren Sicherheit zuzuordnen. Beginnt hier oder vollendet sich gerade die Wiederverschmelzung von Militär, Polizei und Geheimdiensten zu einer Sondertruppe, die für den überall gebrauchten neuen großen Krieg gebraucht wird? Man sollte also aufmerksam beobachten, denn auch in fast jedem Krimi heißt es: „Jedes Detail kann wichtig sein.“ Zum Beispiel auch ein Detail vom 15. März 2016, ebenfalls vom Nordkurier, über ein holländisches Kriegsschiff in Warnemünde, welches dort gemeinsam mit Deutschland manövert. „Bis 2018 soll es häufiger derartige Übungen geben“, erhielt der Nordkurier als Antwort auf Nachfragen, was da los ist.¹³ Trainieren will man Evakuieren, Ladungskontrollen an fremden oder aufgebrachtten Schiffen schon auf See und Versorgung der eigenen Leute. Es ist nicht schlecht, sich bei jedem Lernstoff die Sinnfrage des Spezialwissenserwerbs zu stellen und im Idealfall auch zu beantworten.

¹² „Geheim-Übung ruft Amerikaner auf den Plan“, Nordkurier, 30.09.2015

¹³ „Alles hört auf holländisches Kommando: Marinesoldaten proben den Ernstfall“, Nordkurier,

Paramilitärische Erlkönige

Vielleicht war die unbekannte Truppe ja auch eine Spezialeinheit der Grenzschutzagentur FRONTEX. Kann man es wissen? Wissen kann man heute nur, dass man alles für möglich halten kann. CDU-Fraktionschef Volker Kauder fabulierte im Dezember 2015 von einer neuen EU-Grenzpolizei, welche die bisherige Grenzschutzagentur FRONTEX ersetzen soll. Der Vorschlag, wie er nach einem Bericht des Nachrichtensenders N-TV aussieht, erinnert fatal an die Schaffung einer europäischen Armee, wie sie in den Hoch-Zeiten der Europäischen Integration als Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik beschrieben wurde. Aber Kauder will das ganze eher als Polizei strukturiert sehen. Dann könnte daraus eine paramilitärische Truppe ohne nationalstaatliche Steuerung werden. Falls das so geplant sein sollte, braucht die Truppe natürlich auch Kennzeichen, die bisher noch nicht bekannt sind. Wenn neue Automodelle öffentlich getestet werden, tarnt man sie, damit keiner vorschnell den neuen BMW oder so erkennt. Sie nennen das getarnte Auto im Fachjargon „Erlkönig“. Insofern könnten in Europa momentan paramilitärische Erlkönige unterwegs sein. Im März 2015 gab es eine sehr interessante Stellenanzeige im Nordkurier: Ein Unternehmen der Branche Fahrzeugbau suchte außer Landmaschinenschlossern auch Waffentechniker, Panzerschlosser und Leute, die Fahrzeugaufbauten herstellen können. Die Leute sollten fest angestellt werden. Krieg, Waffen und Militär scheinen ja sehr profitable und krisensichere Branchen zu sein. Oder die einzige Krise, die

diese Branche kennt, ist der Frieden, der ihren militärischen Bereich überflüssig macht. Man kann sich auch Fragen, welche Bedeutung die Beobachtungen um die Bemühungen zur Abschaffung des Bargeldes und insbesondere der kleinen Ein-Cent-Münzen und Zwei-Cent-Münzen haben. Ist dieser Prozess Teil eines Geschäftsmodells, welches außer den Erfindern noch keiner kennt? Ist es nicht ohnehin merkwürdig, dass heutzutage ständig von Geschäftsmodellen gesprochen wird, aber nicht mehr von ökonomisch und nachhaltig verantwortlicher Bewirtschaftung der Ressourcen? Vielleicht wandelt sich die Aufgabe der Medien vom Erklärer und Berichter zum Spurensammler und Fährtenleser. Die Medien können das Nichtsehbare abbilden. Jakob Augstein schrieb in einer Spiegel-Online-Kolumne nach dem Wahlergebnis von Front National in Frankreich: „Faschismus in Europa: Die völkische Revolution“. Erschreckend war das Ergebnis des Textes: „Der Faschismus ist kein Phänomen der Vergangenheit.“ Aber was ist dann, wenn man den Faschismus, wenn er dann da ist, nicht wirklich erkennt, weil er in einer eher subtilen Form auftritt? Wenn man bei dieser Frage angekommen ist, kann man sich nicht mehr sicher sein, ob der Faschismus mit seiner Ankunft noch droht oder bereits dabei ist, den Staatsapparat zu übernehmen. Wenn er erst kommt, kann man ihn noch verhindern. Wenn er schon da ist, muss man bereits jetzt als Dissidentengruppe lernen und üben, was man braucht. Aber worauf genau soll man sich vorbereiten? Auf Konspiration? Auf Behördenkunde einschließlich Zuständigkeitsbereich und Ansprechpartner? Und dann regelmäßig taktische Übungen durchführen, zum

Beispiel, unerkannt von A nach B zu gelangen und dabei öffentlich überwachte Plätze zu nutzen? Also mit der Bahn fahren und dabei verschiedene Bahnhöfe und deren Überwachungsanlagen und Nahverkehrsverbindungen von und zu den Bahnhöfen kennen zu lernen? Ob das nötig ist oder was überhaupt nötig ist, um keine bösen Überraschungen durch einen neuen Faschismus zu erleben, dessen konkrete Form entweder noch nicht bekannt ist oder bewusst diffus gehalten wird, lässt sich trotz allem immer noch aus verschiedenen Zeitungen ableiten. Denn unabhängig vom Wahrheitsgehalt ist das Veröffentlichte etwas real Denkbare. Nun kommt es noch darauf an, zu wissen, welche Spuren wir lesen können müssen, weil die Kenntnisse von Spuren zum Lebenserhalt nötig sind. Zeitungen sind dann so etwas wie die aufgeregten Zeugen, die dem Kommissar dennoch sachdienliche Hinweise geben. Der stille Beobachter lernt aus Allem. Demzufolge bekommen Blogmedien die Aufgabe, sich zu einem VOLKSNACHRICHTENDIENST zu formieren, der Aufklärung über die INFORMATIONSVORENTHALTUNG betreibt. Dann könnte man auch Kriege verhindern und Frieden erhalten. Denn der Frieden ist verlockend einfach.

Der Frieden ist verlockend einfach.

Eine Gefahr, die man hört, aber nicht sieht, wirkt beängstigend. In einer Kurzgeschichte von Ernest Hemingway heißt es: Vor einem Löwen hat man dreimal Angst: Das erste Mal, wenn man ihn hört, das zweite Mal, wenn man ihn riecht, und das dritte Mal, wenn man ihm gegenüber steht. Man weiß aber wenigstens, dass die Angst

vor einer Gefahr VON einem Löwen ausgeht. Wenn man ein Großwildjäger ist, geht aber auch eine Gefahr FÜR einen Löwen aus. Schon schwant einem, dass Gefahren wohl gegenseitig sind. Erst empfindet einer einen andern als Bedrohung. Dann suchen sie nach Beweisen. Und schon ist der Ärger da. Dauert der Ärger lange genug, wie zwischen Israel und Palästina, ist mit Ursachenforschung nichts mehr zu machen. Mit reinem Tisch ginge es. Tafeldienst, Tafel abwischen, Streithähne zu Tisch – wem das Mahl bekömmlich werden soll, der streitet nicht beim Essen. Übrigens: Beim Reisen mit der Bahn gab es vor diesen ICE-Großraumwaggons Abteile für sechs Personen. Drei fuhren mit Blick in Fahrtrichtung, drei mit dem Rücken in Fahrtrichtung. Wenn das Abteil noch nicht ganz voll war und fünf Mann hatten sich schon eingerichtet, miteinander gesprochen oder so, dann reagierten sie oft einstimmig gegen den sechsten Mann, der Kopf und Koffer durch die Tür steckte und fragte: „Entschuldigung, ist hier noch ein Platz frei?“ Der Mann war solange ein Eindringling, bis er seinen Koffer auf der Gepäckablage und seinen Hintern im zugewiesenen Sitzquadrat verstaut hatte. Bis zum Reiseziel gehörte er dann dazu. Er brachte Unruhe ins Abteil, aber die Unruhe legte sich, wie sich das gekräuselte Wasser irgendwann wieder beruhigt, nachdem da ein Stein reingeworfen wurde. „Spiegelglatt ruht der See, bis man nen Stein dort hineinschmeißt.“ Und danach ist wieder alles ruhig, es sei denn, jemand will den Zustand der Unruhe beibehalten. Von den Reisenden ging am Ziel dann sowieso jeder seines Weges – und welchen Sinn hätte es gehabt, sich vorher noch schnell die Köpfe einzuschlagen? In Politik und

Terrorismus mag man dies zwar wissen, kümmert sich aber nicht drum. Dann muss es sich um Leute handeln, die aus normaler Unruhe einen Streit entstehen lassen wollen, bei dem sich die Hämmel gegenseitig die Köpfe einschlagen. Wahrscheinlich sind DIES die Terroristen und nicht die Hämmel, deren Köpfe von den Terroristen missbraucht werden. Wofür brauchen die Terroristen die Hämmel? Das begreifen nun wiederum die einfachen normalen Leute nicht. Denn Konflikt, Streit, Kampf und Sieg sind keine Naturtrends.

Der Haupttrend der Natur ist der Trend zum Gleichgewicht. Wenn der Frieden der Ruhezustand ist, zu dem die Natur strebt, dann kann er verewigt werden, wenn immer gute Bedingungen zur Beruhigung eines vorübergehenden Aufruhrs bereit gehalten werden. Flüchtlinge sind ein Zeichen dafür, dass an ihren Herkunftsorten Krieg herrscht – militärisch, profitwirtschaftlich oder selbstzerstörerisch. Frieden entsteht ab dem Moment, wo sich die Fremden „ins Abteil“ gesetzt haben und alle miteinander kommunikationsgesellig miteinander umgehen. Der Frieden ist so verlockend einfach, dass er ewig währen kann.

Vereinfachend schrieb Immanuel Kant:

„Es ist hier, wie in den vorigen Artikeln, nicht von Philanthropie, sondern vom Recht die Rede, und da bedeutet Hospitalität (Wirtbarkeit) das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines andern wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. Dieser kann ihn abweisen, wenn es ohne seinen Untergang geschehen kann; so lange er aber auf seinem Platz sich friedlich

verhält, ihm nicht feindlich begegnen. Es ist kein Gastrecht, worauf dieser Anspruch machen kann(wozu ein besonderer wohlthätiger Vertrag erfordert werden würde, ihn auf eine gewisse Zeit zum Hausgenossen zu machen), sondern ein Besuchsrecht, welches allen Menschen zusteht, sich zur Gesellschaft anzubieten, vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der, als Kugelfläche, sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch neben einander dulden zu müssen, ursprünglich aber niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere.“¹⁴

Da hatte der Königsberger Philosoph mächtig einen hingewehert.

Das Säbelrasseln

**"Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anheizen"
(Außenminister Frank- Walter Steinmeier, 20.Juni 2016)**

Der Rechtsstaat gilt nur bei schönem Wetter.

Terrorismus, Säbelrasseln und gesetzliche Einschränkungen der Freiheitsrechte bestimmten im Juli die Tragödien auf den Politikbühnen in Europa und außerhalb Europas. Auf den Medienbühnen hingegen kam Europa im Zusammenhang mit der Europameisterschaft im Fußball vor. Das sportliche Europa bestimmte thematisch die Nachrichtenlage in Europa, das politische Europa kam hauptsächlich als Spekulation über Folgen und Reaktionen auf den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vor. Die Themen NATO-Gipfel in Warschau, neue Anti-Terrorgesetze der Bundesregierung und ein neues BND-Gesetz kamen zwar auch vor, aber sie gingen im Fußballbegleitgeräuschpegel unter. Gesagt ist gesagt, mögen sich die Zuständigen gedacht haben, wer es nicht hört, ist selber schuld. Sprechen in der Hoffnung nicht gehört zu werden, um sagen zu können, man habe nichts verschwiegen, könnte man als eine neue Form der Unredlichkeit auffassen. Wenn man das Stimmenwirrwarr ein wenig ordnet, dringt ein Wechselgesang ans Ohr zwischen Regierungsgemurmel und der dem Versuch der Bürgerinitiative „Digitalcourage“, die versucht, das Gemurmel von „Antiterrorthomas“ an die interessierten Ohren der Adressaten zu bringen. „Antiterrorthomas“ hat die Initiative zum Spitznamen von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere gemacht. Am 8. Juli 2016 hatte die Initiative eine Demonstration in Berlin gegen Anti-Terror-Gesetze und BND-Gesetz in Bewegung gesetzt. (Anmerkung Redaktion: Auf beide bezieht sich die Rubrik Zeitgeist in der Ausgabe

¹⁴ „Zum ewigen Frieden“, Immanuel Kant, zitiert nach Kantwerke Band 11,195

106 sowie in der Online-Version von „Das Flugblatt“)

Digitalcourage erhält Unterstützung von dem Journalisten und Rechtsexperten Heribert Prantl. Prantl kommt mit seinem Buch „Der Terrorist als Gesetzgeber“ den Menschenrechtlern von Digitalcourage zu Hilfe wie weiland Feldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher dem Herzog von Wellington, als sie zum Schluss Napoleon, dem korsischen Bedränger Europas, bei Waterloo den Hintern versohnten. Die Rechte an dem Buch „Der Terrorist als Gesetzgeber“ liegen dem Impressum zufolge seit 2008 bei dem herausgebenden Verlag Droemer. Merkwürdig, das in all den Jahren nichts von dem Buch bekannt wurde. Oder zu wenig. Auf jeden Fall trifft es den Zeitgeist von 2016 so präzise, als habe sich der bemüht, Thesen und Schlussfolgerungen des Autors zu bestätigen. Der Untertitel des Buches heißt „Wie man mit Angst Politik macht“. Dieser Untertitel meldet Anspruch auf zeitlose Gültigkeit an.

Beinahe durchgehend wiederholt Heribert Prantl an unterschiedlichen historischen Beispielen und dem aktuellen Geschehen zum Erscheinungszeitpunkt seines Buches die stets gleichbleibende Feststellung, dass das Recht nicht mehr gilt, wenn es gefährdet wird. Der Rechtsstaat und seine Vorgänger, sofern diese in friedlichen Zeitabschnitten ihres Bestehens Handlungsfreiheit, Schaffungsfreiheit oder unantastbare „verbriefte Rechtsgarantien“ für die Bürger hatten waren immer nur bei schönem Wetter Grundlage für das Zusammenleben der jeweiligen Gesellschaften. Und immer waren es die Garanten des Rechts – also die staatlichen Organe – die es als erste außer Kraft setzten, wenn vor den Toren der Stadt oder an den Grenzen des Landes eine Gefahr, eine Bedrohung oder nur etwas Fremdes auftauchte oder wenn die versprochenen Rechtsgarantien ein paar Entfaltungsmöglichkeiten der Macht behinderten. Von da an ist es nicht mehr weit zu der Vermutung, dass mancherlei Vorkommnis den Staaten ins eigne „Befreiungskonzept“ von den Fesseln verpönter Handlungsmöglichkeiten passte. Der internationale Terrorismus oder was man dafür hielt passte der deutschen Politik recht gut ins Konzept, verpönte Auslandseinsätze der Bundeswehr mit auch bereits gefechtstätigen Befugnissen durchzusetzen. Wenn es wirklich nur eine

vorübergehende Begrenzung der rechtsstaatlichen Vertrauensgrundsätze bis zur Wiederkehr einer neuen Schönwetterlage wäre, könnte die Vernunft fähig sein, einiges Freiheitsbeschränkungen zu akzeptieren – aber die Freiheitsbeschränkungen unter dem Vorwand von Terror, Kriegsgefahr oder subversiven Untergrabern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) blieben ja immer beschränkt wenn sie mal beschränkt worden waren. Scheinbar gibt es keine „vorübergehenden Freiheitsbeschränkungen“. „Vorübergehende Steuererhöhungen“ wurden ja auch nie wieder rückgängig gemacht. Im Ganzen ist das Buch moralisierend, klagend, mahnend – aber es bietet keine Lösung des Trend zur Freiheitsbeschränkung an.¹⁵

Der Grundrechtreport 2016

Staat und Bürger lesen die Verfassung unterschiedlich

Wenn der Staat mit dem gleichen Verfassungsernst wie die Bürger am grundrechtlichen Wohlergehen interessiert wäre, wäre ein Buch wie der seit 1997 erscheinende jährliche Grundrechtreport nicht nötig. Der Schutz der Verfassung wäre mit dem Namen der hierfür beauftragten Behörde identisch. „Die wirklichen Gefährdungen unserer freiheitliche demokratischen Grundordnung und damit der Grundrechte und des Rechtsstaates gehen im Wesentlichen von staatlichen Institutionen aus“, steht daher in der Inhaltsbeschreibenden Kurzzusammenfassung auf der Einbandrückseite des aktuellen Grundrechtreports 2016. Mehrere herausgebende Bürgerrechtsgruppierungen mit etwa 30 Autoren von redaktionellen Beiträgen haben sich für die Erarbeitung des Textes eingesetzt.

Nacheinander beleuchten die Autoren die Lage der Grundrechte von der Unantastbarkeit der Menschenwürde über folgende weitere Rechtsgüter: freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freiheit der Person und Recht auf Unverletzlichkeit des Lebens, Gleichheit vor dem

¹⁵ Rezension zu Heribert Prantl, „Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht“, München 2008, in: Das Flugblatt Nummer 106, August 2016

Gesetz, besonderer Schutz von Ehe und Familie, Aufsicht des Staates über das Schulwesen, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Briefgeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung, Asylrecht für politisch Verfolgte, Nutzung von Rechtswegen, Unterordnung der Exekutive unter Recht und Gesetz, und die Beschränkung der Freiheit unter selbst gesetzlich beschränkten Bedingungen. Mit anderen Worten: 15 vom Grundgesetz, also der Verfassung, benannte Grundregeln werden dahingehend untersucht, ob und wer gegen sie verstößt. Die kritischen Blicke betreffen Grundrechtsbeschränkung von Hartz-Vier-Opfern, insbesondere die permanente Verletzung deren Menschenwürde durch den Ausschluss aus der Gesellschaft einfach durch den Mangel an finanziellen Mitteln für Theater, Bildungsreisen, Klassenfahrten für die Kinder und Bildung. Übrigens: Wussten Sie, dass Kinder von Flüchtlingen, wenn sie auf deutschem Boden von ihren Eltern getrennt werden, „UmF“ genannt werden? Die Abkürzung heißt unbegleiteter minderjähriger Flüchtling, und um ihn wird sich dann durch eine GU gekümmert. GU heißt „Geschlossene Unterbringung“, also ein Heim ohne Ausgang. Schon klar, dass man bei solcherlei Wortbedeutung lieber eine Abkürzung benutzt. Perversion und Würdelosigkeit eines zum Gegenteil verpflichteten Staates werden an solchen Beispielen deutlich. Wobei man- und das ist die große Schwäche des Grundrechteports – den Einzeltaten der Grundrechtsverletzungen nicht die die Fülle der kleinen Beispiele entgegensetzt, in denen die Würde des Menschen auch von Menschen geachtet wird, die sich beim Achten nicht bewusst sind, eine Verfassungspflicht zu erfüllen.

Fazit: Die Verletzung der Grundrechte geht von staatlichen Institutionen aus, die Wahrung der Rechte aber von Dir und Mir, von einfachen Leuten, von Bürgern und solidarische Armen, also vom Volk.¹⁶

¹⁶ Rezension zum Grundrechteport 2016, in: Das Flugblatt Nummer 106, August 2016

Das Weißbuch der Bundeswehr **„Militärische Programmankündigung bis 2026“**

Im Wettlauf um eine komfortable Ausgangsposition in den kommenden Kriegen will scheinbar kein Land Abseits stehen. Auch Deutschland nicht und nicht das Verteidigungsministerium und nicht die von der Leyen geführte Bundeswehr. Ministerium und Militärführung sind seit 1969 im 10-Jahres-Takt mit ihrer verteidigungspolitischen Orientierungsanpassung beschäftigt. Die daraus entstehende Drucksache trägt seit 1969 den Namen „Weißbuch“. Warum sich das Militär die Farbe weiß für ihr Buch gewählt hat, ist unbekannt. Bekannt aber ist, dass es auch ein „Schwarzbuch“, ein „Braunbuch“ und ein „Rotbuch“ gibt. (Rotbuche gibt es auch, ist aber im Vergleich zu dem namensähnlichen Buch etwas Schönes. Und Rotbuch ist der Name eines Verlages, welcher Rotbuch-Verlag heißt). Weißbuch ist also im Grunde der Versuch, einer langperiodischen Publikation die Ausstrahlung einer historisch bedeutenden Dokumentensammlung zu geben. Dafür kann man den Gattungsnamen „Weißbuch“ benutzen. Man kann aber auch darauf warten, dass dieser Gattungsname von einer unabhängigen Stelle vergeben wird. In jedem Fall stellt der 10-Jahres-Plan eine Programmankündigung über die Entwicklung der Bundeswehr und die „verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD bis 2026 dar. „Verteidigungspolitische Richtlinie“ ist seit dem ersten unter dem Gattungsnamen „Weißbuch“ verfassten Bundeswehr-Programmheft eine politiksprachliche Floskel, die nicht weiter in einzelne Sprachelemente zerlegt wird.

Ende Mai, Anfang Juni war das Weißbuch noch nicht veröffentlicht. Aber es gab bereits ein Interview eines Journalisten von der Mainstreamlobby „Atlantikbrücke“ mit einem General, der an der Ausarbeitung des Weißbuches federführend beteiligt war. Angeregt plauderten die Herren über die verteidigungspolitischen Richtlinien und die neuen Herausforderungen an eine moderne Armee, zu welchen sie die Bundeswehr zählen. Der Brigadegeneral heißt Carsten Breuer. Der

Mann auf der Atlantikbrücke heißt Burkhard Schwenker. Die Herren sangen ein feuriges Duett zur für die innere Zustimmungsbereitschaft des Volkes zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr im Innern. Burkhard Schwenkers Eröffnungsarie begann mit einem Klagevers über die jüngsten NATO-Militärmanöver, die spätestens seit dem russisch-ukrainischen Krimkrieg seit 2015 bekannt zunehmen.

„Ich erinnere mich an eine Übung auf einer Fregatte, an der ich vor einigen Jahren teilnehmen durfte. das Szenario war: Es finden Bedrohungen statt, die man nicht genau erkennen kann. Immer mehr Flugzeuge flogen über das Schiff, einige identifizierbar, andere nicht, neue Schiffe kamen hinzu, nicht alle antworteten auf Funksprüche, Meldungen widersprachen sich. Kurz: Es wurde Konfusion erzeugt.“

Oder anders ausgedrückt: Die NATO übte zu dem nicht genannten Zeitpunkt etwas, was in dem russisch-ukrainischen Krimkrieg als neue Kriegsform auch außerhalb einer Manöverlage praktiziert wurde. Darauf der General:

„Die Besonderheit der Hybridität ist es, dass man plötzlich ein Ereignis, eine Störung feststellt, die nicht mehr klar auf den wirtschaftlichen, den militärischen oder den sozialen Sektor eingrenzbar ist. Es ist kennzeichnend für hybride Bedrohungen, dass Angriffe bewusst auf den staatlichen und gesellschaftlichen Bereich zielen.“

Dann nimmt der General selbst das Beispiel Ukraine, um den hybriden Krieg zu erläutern.

„Wenn man sich die Ukraine anschaut: Was hat uns daran eigentlich so verblüfft? Ich glaube, es war neben den wirklichen Gefechtshandlungen vor allem die Art der Propaganda, die dort angewendet wurde. Hybridität beinhaltet aber nicht nur verschiedene Elemente. sondern eine ganz bewusste Verwischung

der Grenze zwischen Krieg und Frieden . Ist es schon Krieg? Oder ist es noch Frieden?“

Wenn die Menschen zur Zeit vielfach eine diffuse Kriegsdrohung spüren und nicht wissen, was die NATO damit zu tun hat und ob sie ihr sicherheitspolitisch vertrauen können, dann hat der General der Gesellschaft mit diesen Worten geholfen, „den Teufel beim Kacken“ zu erwischen. Früher, sagt der General, war es einfach. Egal was geschah: Krieg war, wenn die Akteure Beziehungen zu anderen Staaten hatten oder von anderen Staaten beauftragt worden waren. „Plötzlich haben sie diese staatliche Bindung nicht mehr immer mit dabei“, beklagt der General, und nun weiß er gar nicht, ob offensichtlich kriegsähnliche Geschehnisse nun von Spezialkräften eines Staates zum Zwecke des Regimewechsels in einem anderen Land verursacht werden oder ob es einfach nur allgemeine Terroristen ohne politischen Auftrag oder politisches Ziel sind, die eigenen Interessen folgen, zum Beispiel Piraten vor Somalia, die mit Lösegeldforderungen ihre armselige soziale Lage aufbessern wollen. Die Herren erörtern die Szenarien noch ein wenig ausführlicher, bis sie dann auf den Punkt kommen, vor dem die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren steht:

„Wir haben eigentlich eine Fülle von Instrumenten, mit denen wir Krisenfrüherkennung betreiben können. In der Analyse und in der Vernetzung sind wir aber noch nicht da, wo wir sein wollen, nämlich so gut, dass wir wirklich erkennen können, was am Horizont auftaucht. Dieser Vernetzung der Instrumente zur Krisenfrüherkennung kommt besondere Bedeutung zu – und das über alle Politikbereiche hinweg“

So werden Firmen der Internetsicherheit natürlicher Partner der Polizei, die ihrerseits auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse und militärstrategische Analysen des Weltgeschehens angewiesen sind.

Terrorthomas, NATO- Gipfel und BND- Gesetz

Kein Vorbild für Friedensverantwortung in Sicht

Unter den Staatschefs, Regierungschef, Außenpolitikern, Sicherheitspolitikern

gibt es derzeit vom Atlantik bis zum Ural und vom Nordkap bis zum Mittelmeer keinen, der als verantwortungsvoller besonnener Friedenswahrer vorbildhaft wäre. Nicht einmal Außenminister Frank-Walter Steinmeier, obwohl der den NATO-Heißspornen „Säbelrassel“ gegenüber Moskau vorwarf.

In dieser Flugblatt-Ausgabe führt zur Zeit eine fünfspurige Bibliographie vom „Terroristen als Gesetzgeber“ (Heribert Prantl, 2008) über den „Grundrechtebericht 2016“ bis hin zu den Texten des Anti-Terror-Gesetzes und des BND-Gesetzes mit der Krönung durch das Weißbuch der Bundeswehr 2016 zu einer Beschreibung ungemütlicher Vorahnungen bezüglich der Fortdauer eines Friedens ohne Mord und Zerstörung durch zwischenstaatliche Kriege, vermischte Kriege, Antiterrorkriege oder einfach nur durch Bandenkriege.

Der NATO- Gipfel: 139 Kriegstöne.

Die NATO ist die Verteidigungsbeauftragte der westlichen Wertegemeinschaft. Das Bündnis ist ein militärischer und politischer Rahmen, in welchem die Mitglieder ihren selbstgestellten Missionen nachgehen. Die selbstgestellten Missionen heißen: kollektive Sicherheit und Verteidigung der Bündnismitglieder gegen äußere Bedrohungen, Angriffe und Gefährdungen der sogenannten „Wertegemeinschaft“. Wertegemeinschaft ist ein schwammiger Begriff zur moralischen Schmückung der westlichen Demokratien gegenüber repressiven und diktatorischen Geschäftspartnern und Profitkomplizen und den Geschäftspartnern und Profitkomplizen der zwischen Repression und Diktatur liegenden Nationalstaaten in einer Art Grauzone, bei der nicht klar ersichtlich ist, wohin der Staat tendiert.

Ungefähr seit dem Krieg in Syrien und besonders seit dem russisch-ukrainischen Krieg befindet sich die NATO zumindest in Teilen

ständig in Manöverlage. Allein im Juli 2016 führte die NATO vier Manöver in Estland, den Niederlanden und Polen durchgeführt. Für September sind noch einmal neun Manöver in Bulgarien, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Kosovo, Lettland, Spanien und – jedenfalls laut Plan noch, trotz Erdogans unheimlicher innerer Operationen zum Machterhalt – in der Türkei.

Die offizielle Abschlusserklärung der NATO über ihr Gipfeltreffen in Warschau erfolgte nach dem NATO-Manöver „Anakonda“ im Baltikum unmittelbar vor Russlands Grenzen. Unabhängig davon, was die NATO-Führung und die jeweiligen Militärstäbe der beteiligten Staaten über die Manöveraufgaben und die Manöverauswertung dachten, beginnt die Abschlusserklärung in bekannter rhetorischer Tradition mit der Betonung ihrer Rolle in einem System kollektiver Sicherheit. Die Wahrung der Werte, die Achtung des Völkerrechts und das Zusammenleben der Völker und Staaten in Frieden und Freiheit will sich die NATO weiterhin auf die Fahnen schreiben. Ein Jammer bloß, meint sie, dass Kritiker nicht erkennen, an welche verschlimmerten Bedingungen sie ihr Wirken anpassen muss. Das geht so ungefähr von Punkt 1 bis 9. Dann lässt die NATO die Katze aus dem Sack. Die Katze ist der mauzende Ankläger, welcher der Öffentlichkeit sagt, wen die klageführende NATO als Haupttäter hinter Terrorismus, Instabilität und Schwächung der Demokratien sieht: Russland ist's. Wer hätte das gedacht? Russland hat nämlich die NATO-Manöver vor der eigenen Haustür mit Flugzeugen beobachtet, weil man von oben einen besseren Überblick hat. Darf man aber nicht, sagt die NATO. Wörtlich sagt sie:

„Russlands jüngste Aktivitäten und politische Schritte haben die Stabilität und die Sicherheit verringert. Die Unvorhersagbarkeit hat sich vergrößert und die ganze Sicherheitslandschaft verändert. Während die NATO zu ihren Verpflichtungen steht, hat Russland alle Werte, Prinzipien und Verpflichtungen gebrochen, die die NATO-Russland-Partnerschaft ausmachen. Die Entscheidungen, die wir getroffen haben, stimmen vollkommen mit unseren internationalen Verpflichtungen überein. Daher kann niemand unsere Entscheidungen

als Widerspruch zu den Grundlagen der NATO mit Russland betrachten.“

- und zwar nicht einmal dann, wenn es permanente Verstöße der NATO gegen Vereinbarungen gibt. 1990 mit dem Ende der Blockkonfrontation und der deutschen Einheit verpflichtete sich „Der Westen“ gegenüber Russland, dass es keine NATO-Osterweiterung geben werde. Sie ist durch die Mitgliedschaft des Baltikums und Polens vollzogen. Aber nach NATO-Lesart entspricht die Osterweiterung genau dem Geist des Osterweiterungsverbotes. Damit sind Punkt 9 und 10 durch. In Punkt 17 heißt es noch einmal ausdrücklich:

„Rußland trägt die alleinige Verantwortung für die ernsthafte Verschlechterung der Menschenrechtslage auf der Krim“

dass aber insbesondere Amerika eine Destabilisierungstaktik mit dem Namen Special Forces unconventional warfare“ (unkonventionelle Kriegsführung von Spezialkräften) interessiert die Rechthaber der NATO nicht.

Bis zum Punkt 25 zieht sich die Verdammung Russlands hin. Dem Land wird überhaupt keine Option gelassen außer der, das zu tun, was die NATO sagt. Wenn „hybrider Krieg“ sich als „unkenntliche Vermischung verschiedener Gewaltformen zu dem gleichen Zweck wie herkömmliche Kriege“, dann ist die NATO-Abschlussklärung eine Kriegserklärung an Russland und eine Warnung an alle anderen. So kann man nicht in den internationalen Beziehungen herumrülpeln.

Terrorthomas und BND- Gesetz

Bestimmt wird der schießende Mörder von Münchens Einkaufszentrum am Olympiastadion nachträglich als Bestätigung für die Richtigkeit des Antiterrorgesetzes betrachtet, welches die Bürgerrechtsgruppe „Digital Courage“ nutze, um Innenminister Thomas de Maiziere den Spitznamen „Antiterrorthomas“ zu verpassen. Bei diesem

Gesetzentwurf scheint die personelle Aufstockung von Verfassungsschutz, Bundespolizei und des Bundesdatenschutzes interessant. Der Verfassungsschutz soll 2,9 Millionen Euro pro Jahr bekommen, die Bundespolizei 1,4 und die Datenschützer, die sich mit dem Schutz der zusätzlichen Datenberge vor amtlichem Missbrauch befassen müssen, bekommen lediglich 350.000. Das ist eine klare Verteilung von Prioritäten. Beim BND ist es ähnlich. 12 neue Dienststellungen sollen entstehen, und alle Planstellen zusammen kosten pro Jahr 1,6 Millionen. 8 Planstellen sind für die Führungsebene des höheren Dienstes vorgesehen, 3 kommen in den gehobenen Dienst und 1 Staatsdiener kommt in den mittleren Dienst. Das hört sich an, als ob der Eine schnell zu identifizieren wäre. Bundesgerichtshof und Generalbundesanwaltschaft bekommen ihre neuen Planstellen – 9 für den höheren Dienst, eine für den gehobenen Dienst – auch nach dem BND-Gesetz für jährlich 1,5 Millionen Euro. Warum Gericht und Anwaltschaft vom Auslandsnachrichtendienst bezahlt werden sollen, ist irgendwie unergründlich. In den Hintern gekniffen sind jetzt die Telekommunikationsanbieter, die per Gesetz zum aktiven Mitlauscher in der weltweiten Kommunikation und deren inländischen Endstellen dienstverpflichtet sind.

Zum Abschluss: Das Weißbuch der Bundeswehr

Das Harmloseste, was man über das Buch sagen kann, ist die Tatsache, dass es erschienen ist und beim Verteidigungsministerium geordert werden kann. Wer so unverblümt seine Ambitionen äußert, muss sich sehr sicher sein, dass Widersprüche und Einwände nichts mehr ausrichten werden. Wenn die NATO voll auf hybride Kriegsführung setzt und die deutschen inländischen Dienste in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerdiensten ihren Teil leisten, um die geplanten Kriege verdeckt zu halten, muss die Bundeswehr dabei sein. Und das alles lässt die Deutung zu, das sehr Übles im Gange ist.

Quellen

=====

Bücher:

Wolfgang Bittner, „Die Eroberung Europas durch die USA“

Immanuel Kant, „Vom ewigen Frieden“

Richard Sennett, „Die Kultur des Neuen Kapitalismus“

Markus Metz, Georg Seeßler, „Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge“

Heribert Prantl, „Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht

Grundrechtereport 2016

Weißbuch Bundeswehr 2016

Zeitungen – online und print

Stichwort Faschismus:

„Europas Protestbewegungen: Lust auf Links“, Spiegel Online, 26.9.15

„Bundesregierung in Sorge: Mitte der Gesellschaft radikalisiert sich“, n-tv, 04.11.15

„Faschismus in Europa: Die völkische Revolution“, Spiegel Online, 07.12.15

Stichwort Kriegsvorbereitung, Kriegsgefahr:

„Friedensforscher rügen deutsche Sicherheitspolitik“, Spiegel Online, 09.06.15

„Aufrüsten ist die neue Friedenssicherung“, Telepolis, 17.06.15

„Wir müssen unsere Werte verteidigen“, Süddeutsche Online, 26.06.15

„Die Periode des Friedens in Europa ist Vergangenheit“, Telepolis, 19.06.15

„Amerikaner verlegen schweres Militärgerät nach Osteuropa“, FAZ, 23.06.15

„NATO-Jets fangen russische Flugzeuge ab“, ntv, 29.07.15

„Kriegsvorbereitung als friedensstiftende Maßnahme“, hintergrund.de, 28.07.15

„Russische Armee beginnt Großmanöver“, ntv, 14.09.15
„Hybride Kriegsführung, verdeckte Operationen und geheime Kriege“,
Telepolis, 25.07.2015
„Geheimübung ruft Amerikaner auf den Plan“, Nordkurier 30.09.2015
„Alles hört auf holländisches Kommando: Marinesoldaten proben den
Ernstfall“, Nordkuriert 15.03.2016

Stichwort Migration, Festung Europa

„Zentrale Auffanglager geplant“, ntv, 16.06.2015
„Die wahren Gründe der Flüchtlingsströme“, Nrhz., 16.06.2015
„Deutsche Fregatte hat Lizenz zum Versenken“, Die Zeit, 19.06.2015
„EU-Militärmission im Mittelmeer kann beginnen“, Süddeutsche
Online, 19.06.2015
„EU lässt Schlepper jetzt ausspähen“, Spiegel online, 22.06.2015
„Unerwünschte Migration: 39 Schiffe von EU-Mitgliedsstaaten kreuzen
im Mittelmeer“, Telepolis, 18.07.2015
„Warum ein Schiffskapitän nicht länger zusehen will“, Tagesspiegel
31. 05.2015
„Deutschland führt vorübergehend Grenzkontrollen ein“, Spiegel
Online 13.09.2015
„Neue Grenzschutzteams geplant“, ntv 17.09.2015
„Österreich stoppt Flüchtlingszug aus Ungarn“, ntv 31.08.2015
„Budapest sperrt Bahnhof für Migranten“, ntv 01.09.2015
„Flüchtlinge – neue Route über Polen“, Telepolis 03.09.2015

Dokumente:

Anti-Terror-Gesetz, Juli 2016

Abschlussklärung der NATO zum Gipfeltreffen 8/9. Juli 2016

BND-Gesetz

Musenverlag * Edition Bewegungsmelder
Neustrelitz und Apolda Juni 2015 bis August 2016

Diese 52-seitige Beobachtung ist der Versuch, einen durch Migration, Sozialabbau, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung geprägten Zeitabschnitt chronistisch zu dokumentieren. Man wünscht sich, dass die aufkommenden Ängste und Ungewissheiten ein Irrtum sein mögen – oder Mittel im Kleinen zu finden, mit denen die Fahrt in den Abgrund gestoppt werden kann.